

ILS IMPULSE

Kommunale Ernährungspolitik

Die Bedeutung von Kommunen und Bürger*innen
in der Ernährungs- und Agrarwende

Von
Anna Wißmann, Ann-Kristin Steines

Kommunale Ernährungspolitik entfaltet
eine Vielzahl von Nachhaltigkeitseffekten

Ein lebendiges regionales Ernährungssystem
macht Städte lebenswerter

Bürger*innen engagieren und organisieren
sich bereits auf kommunaler Ebene



Das heutige Ernährungssystem ist geprägt von langen Lieferketten, deren Widerstandsfähigkeit in den letzten Jahren durch globale Krisen stark beansprucht wurde. Die räumliche Trennung von Produktion und Konsum hat zu einer fehlenden Transparenz im Lebensmittelsektor geführt, in dem viele Verbraucher*innen nicht mehr wissen, woher die Lebensmittel, die auf ihrem Teller landen, kommen und welche Schritte bei ihrer Verarbeitung erfolgt sind.

In den letzten Jahren ist jedoch das Bewusstsein in der Bevölkerung für eine nachhaltige und gesunde Ernährung stark gestiegen. Immer mehr Verbraucher*innen legen beim Kauf von Lebensmitteln Wert auf Regionalität, Nachhaltigkeit, Gesundheit und Fairness.¹ Die Versorgung mit gesunden, nachhaltig-produzierten Lebensmitteln ist einerseits ein Grundbedürfnis andererseits aber – anders als bei anderen Grundbedürfnissen wie z. B. dem Wohnen – in Deutschland und Europa historisch gesehen keine kommunale Aufgabe und größten teils der Steuerung durch übergeordnete Politikerebenen und „dem Markt“ überlassen. Seit Anfang der 2000er Jahre beschäftigen sich jedoch immer mehr europäische Städte mit dem gegenwärtigen Ernährungssystem. Aber auch die Zivilgesellschaft fordert zunehmend eine Veränderung unseres Ernährungssystems und nimmt diese selbst in die Hand, indem lokale Konzepte gefordert, aber auch selbst entworfen werden.

In Teilen Europas und der Welt, u. a. in Brasilien, Kanada, den USA, in Großbritannien, Spanien, Frankreich und Italien engagieren sich Kommunen teilweise schon seit den 1980er Jahren in diesem Politikfeld.² Hervorzuheben ist die in den USA gegründete „Food Systems Division (FSD)“ der American Planning Association – ein Zusammenschluss von Planer*innen und Fachleuten verwandter Richtungen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Planung von Lebensmittelsystemen auf lokaler, regionaler, staatlicher oder nationaler Ebene voranzutreiben. In Deutschland ist das Thema dagegen noch recht neu.



Abbildung 1: Gemeinschaftsgarten „Düsselgrün“ als Beispiel für den urbanen Anbau von Gemüse von engagierten Bewohner*innen

DIE ROLLE VON NETZWERKEN BEIM UMBAU STÄDTISCHER ERNÄHRUNGSSYSTEME

Städtenetzwerke, in denen unter anderem Wissensaustausch, Forschung und Beratung stattfinden, sind ein wesentliches Instrument, um das Thema „kommunale Ernährungspolitik“ auf die internationale Agenda zu bringen. So sind z. B. dem Milan Urban Food Policy Pact (MUFPP) seit 2015 über 200 Städte beigetreten, die sich den Zielen der nachhaltigen Lebensmittelproduktion, -versorgung und -distribution, der gesunden Ernährung und Vermeidung von Lebensmittelverschwendung verschrieben haben. Seit der Vorstellung der Glasgow-Erklärung „Ernährung und Klima“ beim 26. UN-Klimagipfel im Jahr 2021 haben sich 113 Städte und Regionen verpflichtet, „eine nachhaltige Ernährungspolitik zu entwickeln, Mechanismen für gemeinsames Handeln zu fördern und die nationalen Regierungen aufzufordern, Ernährung und Landwirtschaft in den Mittelpunkt der globalen Antwort auf den Klimanotstand zu stellen.“ Das globale Netzwerk ICLEI Kommunen für Nachhaltigkeit betreibt seit 2013 das „CITYFOOD Network“ aus inzwischen 32 Städten weltweit, welches sich



Abbildung 2: Die Rolle von Kommunen in der Agrar- und Ernährungstransformation (eigene Darstellung).

insbesondere der Bewusstseinsbildung, der Beratung, dem Training und der gemeinsamen Lobbyarbeit widmet. In Nürnberg wurde im Jahr 2003 die Bewegung der „Biostädte“ gegründet, die zum Ziel hat, den Ökolandbau, die Weiterverarbeitung und die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln mit kurzen Transportwegen und regionaler Wertschöpfung verstärkt zu fördern.

KOMMUNALE ERNÄHRUNGSPOLITIK ALS BESTANDTEIL DES KLIMASCHUTZES

Die derzeitigen global ausgerichteten Agrarsysteme mit ihren industriellen Monokulturen und dem vermehrten Einsatz von chemischen Pestiziden und künstlich hergestellten Düngern sind ein wichtiger Treiber für den Klimawandel.^{3,4} Gleichzeitig ist die Landwirtschaft von den Auswirkungen des Klimawandels durch Starkregenereignisse, Hitzeperioden und Dürre stark betroffen.⁵ Zudem zeigen aktuelle globale Krisen die Notwendigkeit einer Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Ernährungssystems.^{6,7} Themen wie Klimaschutz und Klimaanpassung werden bereits auf kommunaler Ebene verstärkt behandelt, jedoch haben die Etablierung einer nachhaltigen Landwirtschaft und die Ernährungspolitik bisher kaum Einzug in kommunalpolitische Aktivitäten gefunden.

WIE DIE KOMMUNALE ERNÄHRUNGSPOLITIK EINE NACHHALTIGE FLÄCHENNUTZUNG STÄRKEN KANN

Jeden Tag werden in Deutschland 55 Hektar Fläche für Siedlung und Verkehr neu ausgewiesen – weit entfernt von dem für das Jahr 2030 gesetzten Ziel, den Flächenverbrauch auf weniger als 30 Hektar pro Tag zu reduzieren.⁸ Der zunehmende Flächenverbrauch führt zu einer Reduktion grundlegender Ökosystemleistungen wie z. B. der Regulierung des Wasserhaushalts, von Habitaten für Biodiversität und der Produktion von Lebensmitteln. Ein Großteil der Flächenversiegelung geschieht im Kontext urbanen Wachstums auf landwirtschaftlich wertvollen Böden, die oftmals unwiederbringlich verloren gehen. Die urbane Landwirtschaft steht demzufolge in einer enormen Flächenkonkurrenz. Wie sich Kommunen in diesem Bereich engagieren und den Flächenverbrauch auf Kosten der Landwirtschaft reduzieren können, zeigen die Städte Hannover und Dortmund.

Die Stadt Hannover hat bereits 1994 ihr erstes „Landwirtschaftsprogramm“ aufgelegt und 2001 sowie 2017 fortgeschrieben. Die Erhaltung stadtnaher landwirtschaftlicher Flächen stand dabei von Beginn an im Fokus. Mit Maßnahmen wie der Identifikation besonders schützenswerter Flächen nach ökonomischen und ökologischen Kriterien sowie der bevorzugten Vergabe von Pachtflächen an ökologisch wirtschaftende Betriebe wurden Landwirt*innen gestärkt. Zudem wurden die Betriebe bei der Regionalvermarktung durch Öffentlichkeitsarbeit, Informations- und Kontaktvermittlung, durch direkte Abnahme regionaler, ökologischer Lebensmittel durch städtische Einrichtungen und durch Gründung neuer Erzeugermärkte unterstützt.



Ernährungsrat und Ernährungswerke als Partner der kommunalen Ernährungspolitik

Ernährungsräte sind ein Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen, kommunalen, wissenschaftlichen, landwirtschaftlichen und unternehmerischen Akteuren, die die Transformation zu lokalen, sozialen und ökologisch nachhaltigen Ernährungssystemen vorantreiben. Ernährungsräte gestalten die lokale Ernährungspolitik, indem konkrete Forderungen und Maßnahmen für die Kommune und ihre Region entwickelt werden. In Deutschland haben sich bereits mehr als 40 Ernährungsräte gegründet: die ersten beiden in Köln und Berlin im Jahr 2016.¹⁰

Auf NRW-Landesebene haben sich zudem 19 lokale Ernährungsräte im November 2022 zum Netzwerk „Ernährungsräte NRW“ zusammengeschlossen, um gemeinsam das Thema Ernährung in die Landespolitik zu tragen, unter anderem der Ernährungsrat Dortmund und Region e.V., der im Jahr 2022 gegründet wurde. Darüber hinaus haben sich die einzelnen Ernährungsräte zu Netzwerken zusammengeschlossen. Im März 2023 haben beispielsweise Ernährungsräte und Gründungsinitiativen aus Deutschland, Österreich, Italien, der Schweiz, Luxemburg und den Niederlanden das „Netzwerk der Ernährungsräte“ gegründet.

DIE STADT DORTMUND ZEIGT, WIE ERNÄHRUNG ALS POLITIKFELD ERSCHLOSSEN WERDEN KANN

In dem „Handlungsprogramm Klima-Luft 2030“ stellt die Stadt Dortmund die Themenfelder Ernährung und Landwirtschaft erstmals als ein separates Handlungsfeld dar. Das Handlungsprogramm adressiert alle relevanten kommunalen Politikfelder und stellt dabei das Thema „Ernährung“ als einen zentralen Baustein für Klimaschutz neben traditionelle Themen wie Bauen, Mobilität und Energieversorgung. Ausgehend von einer Beschreibung des Status Quo und einer

Analyse der Stärken, Schwächen und Potenziale werden erste konkrete Maßnahmen aufgeführt, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen und entweder direkt konkrete Lösungsansätze implementieren oder dazu dienen, das Handlungsfeld zu erweitern. Für das Handlungsfeld Landwirtschaft und Ernährung sind dies:

- Gründung eines Ernährungsrates mit ressortübergreifender Fachstelle zur Ernährungswende
- Lokale und regionale Erzeugung und Vermarktung
- Klimafreundliche, gesunde Ernährung in städtischen Einrichtungen
- Klimafreundliche und nachhaltige Landwirtschaft
- Bildung für klimafreundliche, nachhaltige Ernährung⁹

Mit den Maßnahmen ist im Handlungsprogramm auch der Aufbau personeller Kapazitäten in der Verwaltung verbunden.

FAZIT

Kommunale Ernährungspolitik stellt einen wichtigen Bestandteil der Ernährungs- und Agrarwende dar. Das Thema Ernährung kann und sollte als ein eigenständiges Handlungsfeld in der Politik Einzug nehmen, um Umwelt-, Gesundheits- und Sozialaspekte gebündelt zu betrachten und ganzheitliche



Abbildung 3: Workshop während eines Kongresses zur Vernetzung der Ernährungsräte in Köln

Handlungsansätze zu ermöglichen. Das zivilgesellschaftliche Interesse an dem Thema zeigt sich in der zunehmenden Anzahl an Gründungen von Ernährungsräten und dem gleichzeitigen Zusammenschluss dieser Ernährungsräte auf kommunaler-, Landes- und Bundesebene, um gemeinsam das Thema Ernährung in der Politik zu verankern.

Erratum: Zur ersten Version gibt es zwei Änderungen: Auf S. 2 wurde der Begriff „Daseinsvorsorge“ durch den Begriff „Grundbedürfnis“ ersetzt, da Ernährung nicht zur Daseinsvorsorge zählt. Auf S. 3 war der Name des Programms unvollständig angegeben. Richtig heißt es „Handlungsprogramm Klima-Luft 2030“.

Literatur

¹ BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2022): Deutschland, wie es isst. Der BMEL-Ernährungsreport 2022. Berlin. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/ernaehrungsreport-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=9 (05.04.2023).

² IPES-FOOD – International Panel of Experts on Sustainable Food Systems (2017): What makes urban food policy happen? Insights from five case studies. https://ipes-food.org/_img/upload/files/Cities_full.pdf (05.04.2023).

³ BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hrsg.) (2013): Phosphat. Mineralischer Rohstoff und unverzichtbarer Nährstoff für die Ernährungssicherheit weltweit. Hannover. https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Zusammenarbeit/TechnZusammenarbeit/Politikberatung_SV_MER/Downloads/phosphat.pdf?__blob=publicationFile&v=4#:~:text=Jedes%20Jahr%20werden%20weltweit%20%C3%BCber,die%20landwirtschaftliche%20Produktion%20zu%20steigern (05.04.2023).

⁴ Umweltbundesamt (2022): Beitrag der Landwirtschaft zu den Treibhausgas-Emissionen. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas-treibhausgas-emissionen-aus-der-landwirtschaft> (05.04.2023).

⁵ BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2022): Nachhaltige Landwirtschaft. <https://www.bmz.de/de/themen/ernaehrungssicherung/nachhaltige-landwirtschaft> (05.04.2023).

⁶ European Union (2022): Russia's war on Ukraine: Impact on global food security and EU response. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/733667/EPRS_BRI\(2022\)733667_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/733667/EPRS_BRI(2022)733667_EN.pdf) (05.04.2023).

⁷ Schoen, Victoria; Blythe, Chris; Caputo, Silvio; Fox-Kämper, Runrid; Specht, Kathrin; Fargue-Lelièvre, Agnès; Cohen, Nevin; Ponizy, Lidia; Fedenczak, Konstancja (2021): "We Have Been Part of the Response": The Effects of COVID-19 on Community and Allotment Gardens in the Global North. In: Frontiers in Sustainable Food System 5, 732641. <https://doi.org/10.3389/fsufs.2021.732641>.

⁸ BMUV – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (2023): Flächenverbrauch – Worum geht es? <https://www.bmu.de/themen/nachhaltigkeit-digitalisierung/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/flaechenverbrauch-worum-geht-es> (05.04.2023).

⁹ Stadt Dortmund (2021): Handlungsprogramm Klima-Luft 2030. https://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/umwelt/umweltamt/klimaschutz_energie/startseite_klimaschutz/handlungsprogramm_klima_luft_2030/handlungsprogramm_klima_luft_2030.html (05.04.2023).

¹⁰ BZFE – Bundeszentrum für Ernährung (2019): Ernährungsräte. Netzwerke zur Ernährungs- und Agrarwende in Städten. <https://www.bzfe.de/nachhaltiger-konsum/netzwerke-bilden/ernaehrungsraete/#:~:text=Seit%20dem%20Jahr%202016%20haben,in%20den%20St%C3%A4dten%20zu%20verbessern> (05.04.2023).

Weiterführende Literatur finden Sie [hier](#).

Herausgegeben durch

ILS – Institut für Landes- und
Stadtentwicklungsforschung gGmbH
Brüderweg 22–24, 44135 Dortmund
Postfach 10 17 64, 44017 Dortmund
Telefon +49 (0)231 90 51-0
Telefax +49 (0)231 90 51-155
poststelle@ils-forschung.de
www.ils-forschung.de
www.ils-research.de

@ils_forschung
 @ils_research

ils-forschung

stadt_land_forschung

@ilsforschung@
wisskomm.social

ilsforschung

ILS Forschung

Redaktion

Theresa von Bishopink
Stefan Siedentop
Ralf Zimmer-Hegmann

Layout

Silke Pfeifer, Cedric Müller

Kartografie

Jutta Rönsch

Abbildungen

Ann Kristin Steines/ILS, Roland
Fechter, Anna Wißmann, Adobe-
Stock_144714221, Lenny Lavrut
Ernährungsrat Köln und Um-
gebung e.V.

Ausgabe 02/23

ISSN: 2701-3928 (Online)

<https://doi.org/10.58122/aafh-q870>

© ILS 2023 – alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung des Herausgebers.



FoodE wurde mit Mitteln aus
dem Forschungs- und Innovations-
programm Horizon 2020 der
Europäischen Union unter der
Fördervereinbarung Nr. 862663
gefördert.

